

Wenn dieser Newsletter nicht korrekt angezeigt wird, klicken Sie bitte [hier](#).



**Thomas Dückers**

Pressesprecher  
Telefon (05 11) 30 30 - 41 18  
Telefax (05 11) 30 30 - 48 54  
Mobil (0172) 5 99 56 32

[thomas.dueckers@lt.niedersachsen.de](mailto:thomas.dueckers@lt.niedersachsen.de)  
[www.cdu-fraktion-niedersachsen.de](http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de)

Unser Projekt im Internet:  
[www.schwerpunktthema-niedersachsen.de](http://www.schwerpunktthema-niedersachsen.de)

**Pressemitteilung vom 04.02.2009**

**Nummer: 21/2009**

***Heinz Rolfes: „Ausschreibung des PPP-Projektes zum Bau der JVA in Bremervörde kann erfolgen“***

**Hannover.** Der Haushaltsausschuss des Niedersächsischen Landtags hat heute der Empfehlung des Niedersächsischen Justizministeriums zugestimmt, den Bau der Justizvollzugsanstalt Bremervörde als PPP-Projekt auszuschreiben. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Heinz Rolfes hat diese Entscheidung begrüßt: „Nach der heutigen Zustimmung des Haushaltsausschusses kann das Ausschreibungsverfahren des PPP-Projektes zum Bau der JVA in Bremervörde erfolgen. Die bisherigen Wirtschaftlichkeitsprüfungen haben einen barwertigen Kostenvorteil des PPP-Projektes von rund 5,7% gegenüber einer Eigenrealisierung durch das Land ergeben. Das hat uns überzeugt, um einer Ausschreibung grünes Licht zu geben.“

Der Haushaltspolitiker rechnet nun mit einer zeitnahen Ausschreibung des PPP-Projektes. „Der Bieterwettbewerb soll bis Ende 2009 abgeschlossen werden. Sollte bereits Anfang 2010 mit Bau begonnen werden können, rechne ich mit einer Inbetriebnahme der JVA Bremervörde bis Ende 2012.“

Abschließend versicherte Heinz Rolfes noch einmal, dass auch bei einem PPP-Projekt wie der geplanten JVA Bremervörde die Sicherheit oberste Priorität habe: „Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb der JVA Bremervörde erfolgen unter Beteiligung privater Partner. Diese werden aber nur Leistungen übernehmen, die nicht mit der Ausübung hoheitlicher Befugnisse verbunden sind. Da die JVA auch in technischer Hinsicht modernsten Sicherheitsanforderungen entsprechen soll, wird der Schutz der Menschen in Niedersachsen vollumfassend gewährleistet.“



**Pressemitteilung als PDF anzeigen**